

# Wirtschaftliche



# Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurzzettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise ufm. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Oberredakteur: Georg Bernward, Verantw. Redakteur: Hans A. Handmann, Carl Misch, Berlin, Döbeln. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Versehrungs-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3500-3508 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3500-3508. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 950.

## Ernste Lage in Australien

### Terror im Kohlengebiet

London, 17. Januar | Ullstein-Nachrichtendienst

Der Premierminister von Australien hat sich über den Konflikt in der Kohlenregion, wo es in den letzten Wochen wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Streikenden gekommen ist, außerordentlich ernst geäußert. Er erklärte, daß das Verhalten der Bergarbeiter, befristet durch Kampfabreden und Revolutionäre, nur als Bürgerkrieg betrachtet werden könne. Es bestehe ein Zustand des Terrors, der keinesfalls nicht in der Geschichte Australiens finde. Die Regierung hat angeordnet, die ersten Tage beschließen, die Polizei in allen Bergbauregionen durch besondere Schutzpolizeiabteilungen zu verstärken.

Infer Mitarbeiter Colin Ross, der gegenwärtig Australien bereist, gibt folgende Schilderung der Verhältnisse im Streikgebiet:

Am New Castle River ist die Süd-Monroe Streik, oder vielmehr „Ausperung“. Die 10.000 Arbeiter, die sich gerade begeben, ist eine der wenigen, die noch arbeiten.

Die Minenarbeiter erklären, daß sie in den bestehenden Verträgen nicht mehr produzieren können und sperren die Arbeiter aus, die sich auf keine Befristung einlassen wollen. Der Arbeitskampf im Kohlengebiet ist eine der Ursachen des Sturzes der nationallistigen Regierung. Da die neue Arbeiterregierung den Streik belegen kann, ist noch die Frage, welche Parteien beherrschen auf ihrem Staatsprogramm. Gegenüber dem Argument der Minenarbeiter, sie könnten zu den bisherigen Verträgen nicht produzieren, erklären die Arbeiter, sie könnten ihnen, wenn sie sich nur einigeln lassen wollten, ihre Verträge zu rationalisieren und die alten unumkehrbaren Verträge zu lösen.

Man kann, was ich schon sagte, nie etwas an dem Argument der Arbeiter. Demnach altmodische Maßnahmen gibt es bei uns höchstens im Deutschen Museum in München. Aber daß die hohen Löhne den Betrieb unprofitabel machen, stimmt auch. Es kommt wohl eines zum anderen. Und es ist augenblicklich englische Kohle hier billiger zu haben als australische.

Ihre wertvollen Verträge und ihre einseitigen Löhne direkt an der See und an einem guten Hafen. Können die New Castle Kohlenwerke eines der häufigst produzierenden und am weitesten exportierenden Kohlenwerke der Erde sein.

Es geht auch eine Zeit, wo New Castles Kohle in großen Mäßen nach Indien, Ostanien und an die amerikanischen Westküste verschifft wurde. Wenn die Wasserstraße nach Indien haben sollte die billiger arbeitenden indischen und chinesischen Minen ungenutzt gemacht. Und im Handel nach der amerikanischen Westküste gibt heute andere Wege.

Chemala haben die englischen Segler mit Freitagsfahrten nach Australien, haben ihre Flotte für Peru und Chile und segeln mit Colpetur um das Horn nach dem Kontinent zurück.

Der Niedrigstand des Chile-Segler-Exportes infolge der Wertminderung von Kupfererz, zusammen mit den hohen australischen Preisen und der verstärkten australischen Handelspolitik haben den Export nach Südamerika ein Ende gemacht.

Australische Handelsverträge im Übermaß. Man möchte zwar keine Holzprodukte absetzen, aber möglichst keine fremden

Freitagsprodukte ins Land lassen. Schon heute haben die Arbeiter Streikgezeiten, genügend Grund für die Angst nach Australien zu bekommen. Und wenn nicht die überaus hohen Holzpreisen wären, würde vielleicht noch eine den Australierien einfallen.

Es sind zwiefelhändige Gesetze, mit denen ich New Castle verfolge. Glaubt man auf das gesetzliche Rand, das so reich ist, daß es mit seinen Arbeiterkosten umgehen kann wie ein Kind, das zu viele Spielzeuge hat. Dann aber auch mit Sorge für Australien. Die sieben mageren Jahre haben hier nur der K.R. Und es wird noch mander schwerer Krise bestehen, ehe Unternehmer wie Arbeiter in Australien sich realisieren, daß ihr Land nicht ganz allein auf der Welt ist, und daß sie sich den auf der Weltigen Welt stützenden Produktions-, Arbeits- und Lebensbedingungen weitgehend in etwas werden anpassen müssen.

Dr. Colin Ross.

## Die erste Reparations-Anleihe

### Mobilisierungs-Kompromiß im Haag

Correspondenz der „Wirtschaftlichen Zeitung“

Haag, 17. Januar

Die Konferenzarbeit bestand heute im wesentlichen in weiteren Beratungen über die Mobilisierung. Es handelt sich einerseits um die Aufbringung des geplanten ersten Antrags der Reparationsanleihe von 800 Millionen Mark, andererseits aber um die gleichzeitige oder alsbaldige Befreiung des Reparationsbedarfes der Reichsbahn und der Reichsbahn in Höhe von etwa 600 Millionen Mark, ohne daß dadurch die Zeichnungen auf die Reparationsanleihe beeinträchtigt werden.

In den langen und sehr ununterbrochenen Beratungen der Finanzexperten aus dem Deutschen und dem französischen Lager wurden die gegenwärtigen Wünsche eingehend näher geprüft. Man deutet jetzt an eine Lösung etwa folgender Grundzüge:

Zwei für die allerhöchste Zeit in Aussicht genommene Anleihen (Reparationsanleihe Frankreich, Anleihe der Post und Reichsbahn der Reichsbahn) werden zu einer gemeinsamen einheitlichen Anleihe in Höhe von etwa 1,5 Milliarden verknüpft und zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Aus dem Zeichnungserlös wird alsbald die Deutsche Reichsbahn und die Reichsbahn gemeinsam etwa um einen Drittel beteiligt, Frankreich ungefähr mit den übrigen zwei Dritteln.

Diese Lösung bei etwas Verändertes an sich, und man ist auch grundsätzlich mit einer derartigen Regelung einverstanden bei der französischen Seite bei der deutschen Delegation einverstanden. Aber in den Beratungen mit den amerikanischen Vertretern hat sich doch eine mehr formale Schwierigkeit herausgestellt.

Eine solche große gemeinsame Anleihe Deutschlands und Frankreichs wäre zu einem Teil auf den deutschen Reparationsverpflichtungen nach dem Versailler Abkommen basieren und zum anderen Teil auf der Garantie der deutschen Post und Reichsbahn. Das ist zunächst juristisch und handelsrechtlich eine schwierige Sache.

Die Experten haben noch einen Ausweg. Zu diesem Zweck sind aus Generaldirektor Dörpmüller von der Reichsbahn und Reichspostminister Schäfer, die heute im Haag eingetroffen sind, zu dem Reparationsverhandlungen herangezogen worden.

Bei der grundsätzlichen Vereinbarung der deutschen und der französischen Delegation in der Mobilisierungstage darf man an-

nehmen, daß sie heute nachmittag 5 Uhr, wenn die offizielle Mobilisierung darüber beginnt, ein Ausweg gefunden sein wird. Da die Konferenz am Sonnabend oder Sonntag wirklich wird geschlossen werden können, ist zweifelhaft. Es scheint, als ob das ursprüngliche Programm durch die kleineren Mächte doch erheblich geändert werden könnte. Das Problem der Reparationspolitik ist gerade in der wichtigsten, der unangenehmsten Frage noch in keiner Weise gelöst.

Man muß damit rechnen, daß die Reparationsanleihe bis zum Sommer nicht unterzeichnet werden wird. Man diesem Grunde befindet sich man Sonnabend oder Sonntag zu Ende zu bringen. Die Minister der sechs Hauptmächte haben dies von den Zerstörten fertiggestellten Schlußprotokoll der Haager Konferenz durchgelesen und geprüft. Die Lösung wird heute nachmittag 6 Uhr fertig gestellt werden.

Auch die Beratungen des Bankenausschusses gehen weiter und werden nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge wahrscheinlich bis morgen zu Ende geführt sein. Reichsfinanzminister Dr. Schäfer beteiligt sich weiter an den Beratungen des Bankenausschusses, doch sind Direktor Richter und Präsident Schröder noch im Haag anwesend.

## Ein Eigentümernfallprozeß in Moskau

Moskau, 17. Januar | Ullstein-Nachrichtendienst

Heute beginnt in Sibirien ein Prozeß gegen eine Gruppe von Monarchisten, die Anhänger des Großfürsten Anstalt sind. Die Vorwürfe sind folgende: Der Hauptangeklagte des Prozeßes, Mittelreiter Schiller, offizier des früheren 20. Dragoner-Regiments, trat 1922 in Danzig dem dort bestehenden Verband ehemaliger Offiziere der russischen Armee und flohte bei, dadurch konnte er den gleichfalls in Danzig wohnenden General Glanemann kennen, der ein Vertrauensmann Anstalts war und nach dem 1. Weltkrieg Schiller ererbten Anleihe mit Gurschill und Ludendorff in Verbindung gehalten habe.

Im Auftrage Glanemanns habe Schiller eine monarchistische Behörde in der Goumjetation geleitet, wobei er mit Unterstützung von Angehörigen in Finnland, Estland und Lettland mehrfach an verschiedenen Punkten heimlich die Grenze überschritt. In Sibirien gab Schiller Unterstützung bei einem früheren Regimentskameraden Geier, Rebowen und Kartofschin. Der zwei Jahre lang Schiller seinen Mitarbeiterinnen ein Patent mit 924 fiktiven Aktiennummern mitgebracht hat. Im Spätherbst 1929 seien abermals fiktive Aktiennummern eingeführt worden, die teilweise in einem Dorf, mit Hilfe fiktivem teilweise auch in Sibirien in Umland gekauft wurde. Als Schiller im September vorigen Jahres verhaftet wurde, weil er seinen Postbrief, auch man noch 222 fiktive Aktiennummern bei ihm. Die Goumjetation und auch der Staatsanwalt Anstalt, die diese Anleihe verteilt, weisen auf den gleichfalls und noch unmittebareren Zusammenhang zwischen der aus dem Berliner Prozeß bekannten Fiktivgruppe und der Aktion Schillers hin.

## Der Traum von der Steuerfenkung

### Dietrich spricht in Hamburg

Hamburg, 17. Januar | Ullstein-Nachrichtendienst

Reichsfinanzminister Dietrich betonte im Hamburger Demokratischen Klub bei einem Vortrag über die politischen Gegenwartsfragen, daß man sich über Steuerfenkungsmöglichkeiten des Reichs nicht im Übermaß Gedanken machen sollte. Der sechs Milliarden-Etat des Reiches enthält etwa 4 Milliarden unangelegter Ausgaben. Von den restlichen 2 Milliarden können nicht im ganzen bis zu 200 Millionen eingespart werden, eine Summe, die zu umfangreichen Steuererleichterungen nicht ausreicht.

Der Minister hat es über sich für unbedingt notwendig, daß vor allem die den Wirtschaften fast beliebigen Steuer- und

Grundsteuer senkt werden. Das werde aber nur möglich sein durch Erhöhung der Biersteuer, die heute bei 70 Millionen Deutschen 300 Millionen einbringe, während z. B. England mit seinen 40 Millionen Einwohnern eine Biersteuer-Einnahme von 1,5 Milliarden habe. Dietrich hält die Biersteuer-Erhöhung für das Dringendste bei, weil die Steuer doch auf die Verbraucher abgibt wird.

In Verbindung mit der letzten Zollkonferenz untertrieb der Minister die Stimmungsarbeit, mit den höchsten notwendigen Einnahmesicherheitsbedürfnissen in vernünftige politische Verbindungen zu kommen. Die neuen Einnahmen umfassen 140 Millionen Deutschen. Das Verhältnis Deutschlands zu ihnen ist fast ebenso wichtig, wie das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich.